

**Positionspapier des Bundesverband Onlinehandel e.V.  
zu Händlern und Marktplätzen aus Drittländern  
vom 15. Mai 2024**

Der Bundesverband Onlinehandel e.V. ist ein Verband von Onlinehandelsunternehmen und Herstellern und vertritt deren Interessen in Berlin und Brüssel.

Deutsche Unternehmen haben ein akutes und wachsendes Problem mit Händlern aus Drittstaaten. Aktuell kommen täglich ca. 5 Mio. Pakete aus China nach Deutschland. Diese gelangen meist ungeprüft und unter Umgehung von rechtlichen und steuerlichen Vorschriften direkt aus China zum Verbraucher. Auch die Produkt- und Markenpiraterie hat weiterhin Konjunktur. Die vor allem fehlende Produkt- und Rechtssicherheit geht zulasten der Verbraucher und verzerrt den Markt für inländische Händler erheblich. Die größten Mengen kommen aktuell über die Plattformen Temu und Shein, jedoch betrifft es auch andere Plattformen mit Händlern aus Drittstaaten, wie z.B. Amazon und Ebay.

Der Schaden der Wirtschaft ist immens. Arbeitsplätze in Deutschland gehen an allen Prozessen entlang der Lieferkette verloren: In der Herstellung, im Handel bis hin zu Arbeitsplätzen in der Logistik. Obendrein gefährden schwere Mängel in der Produktsicherheit den Verbraucher. Der europäisch mühevoll geschaffene Standard wird untergraben und das über viele Jahre aufgebaute Vertrauen der Verbraucher in den Onlinehandel schwindet zusehends. Verbraucher leben immer mehr nach dem Motto: Kaufen und im Zweifel zurückschicken oder wegschmeißen. Artikel sind teilweise mehrmals tausende Kilometer rund um den Globus unterwegs, was eine große ökologische Belastung ist. Darüber hinaus endet hier eine große Menge Verpackungsmüll, der an keinem Entsorgungssystem angegliedert ist.

Die Marktplätze wurden seitens der Politik dankenswerterweise zunehmend in die Pflicht genommen, um Wettbewerbsfairness herzustellen. Allerdings gibt es dringend weiteren Handlungsbedarf. Der Bundesverband Onlinehandel e.V. fordert von der Politik zur Erhaltung des deutschen Onlinehandels und der Erreichung fairer Wettbewerbsbedingungen folgende Punkte:

- Überprüfung aller aus Drittstaaten eingehenden Pakete durch den Zoll.
- Lieferdienste dürfen nur Pakete transportieren, die vom Zoll freigegeben wurden bzw. die im Vorfeld Mindeststandards nachgewiesen haben.
- Marktplätze müssen verpflichtet werden, zu überprüfen, ob die Waren gesetzeskonform angeboten werden und die Verbraucherrechte eingehalten werden, und bei Nichteinhaltung haften.
- Einführung fälschungssicherer nachprüfbarer Sicherheitssiegel
- Beteiligung der Händler aus Drittstaaten an den Entsorgungskosten für den hier anfallenden Müll
- Herabsetzung der Grenzwerte, ab der Online-Plattformen als Gatekeeper gelten

Die Forderung nach einer umfassenderen Kontrolle der Pakete würde zunächst zu einem massiven Paketstau führen. Nach anfänglichem Stau jedoch hätte dies mehrere positive Folgen:

Um schnelle Lieferketten zu garantieren, müssen auch Händler aus Drittstaaten die Waren containerweise importieren und einlagern und nicht – wie aktuell – einzeln fliegen. Durch die Lieferung im Container können die Waren auch deutlich schneller kontrolliert und freigegeben werden. Die Aufstockung des Zolls führt zu Steuermehreinnahmen in beträchtlicher Höhe. Schätzungsweise entgehen aktuell dem Staat mehr als 2 Mrd. Euro an Steuereinnahmen.